



WESTFÄLISCHE  
WILHELMS-UNIVERSITÄT  
MÜNSTER



# IfS Working Papers

---

Mai 2012, Nr. 2

---

**Björn Wendt und Tobias Brändle**

## **Zur Situation der Universitäten und deren Finanzierung aus professoraler Sicht**

*The professors' perception of the situation of universities  
and their financing*

---

Die Herausgeberschaft der Reihe liegt beim Institut für Soziologie.

Die Beiträge werden unter alleiniger Verantwortung der jeweiligen AutorInnen veröffentlicht.

Zitation: Wendt, Björn, Tobias Brändle (2012): Zur Lage der Hochschulen und deren Finanzierung aus professoraler Sicht. IfS Working Papers Nr. 2. Münster.

IfS Working Papers. ISSN: 2194-265X

---

## *Zusammenfassung*

Der Artikel fokussiert auf Basis der Studie „Die Wahrnehmung des Bologna-Prozesses durch Professorinnen und Professoren“ die aktuelle Situation von Universitäten. Zu Beginn werden allgemein Problemeinschätzungen sowie potentielle Verbesserungen und Lösungsstrategien in den Blick genommen. Besondere Berücksichtigung finden an dieser Stelle Aspekte der Hochschulfinanzierung. Diese werden entlang der Befürwortung von Studiengebühren, der allgemeinen Finanzierung von Hochschuleinrichtungen und leistungsorientierten Bezahlungsmodellen diskutiert.

## *Summary*

This article focuses the current situation of universities on the base of the study “The professors’ perception of the Bologna Process”. In the beginning we focus general problems, potential improvements and solution strategies. Particularly questions of financing of universities are discussed. These issues are debated along with enrollment fees, general questions of funding of higher education institutions’ and performance-oriented allocation of funds.

## **Einleitung**

Der Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie und Kandidat für das Präsidentenamt der Hochschulrektorenkonferenz, Horst Hippler, betonte kürzlich in einem Interview mit der Deutschen Presseagentur die zentrale Relevanz der Finanzausstattung für die Erfüllung der an die Hochschulen herangetragenen Erwartungen und zeichnete zugleich ein düsteres Szenario, falls sie nicht solide ausfinanziert werden sollten. „Eine gesicherte Hochschulfinanzierung ist das wichtigste“, so Hippler, sonst drohe „in zwei bis drei Jahren der Kollaps des deutschen Hochschulsystems“ (HIPPLER 2012). Nach einer Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft beurteilen die Rektoren und Präsidenten<sup>1</sup> der staatlichen Hochschulen die Lage der Hochschulen zwiespältiger. So hält weniger als ein Fünftel der dort Befragten die Einnahmesituation für eher schlecht, während mehr als ein Drittel der Befragten die Einnahmesituation eher gut einschätzt (STIFTERVERBAND FÜR DIE DEUTSCHE WISSENSCHAFT 2011: 44).<sup>2</sup>

Die Diskussionen von Fragen der Hochschulfinanzierung beschränken sich jedoch nicht nur auf das mediale und wissenschaftliche Feld, sondern erstrecken sich in jüngster Zeit auch über die höchstrichterliche Ebene. In einem kürzlich gefällten Urteil des Bundesverfassungsge-

---

<sup>1</sup> Soweit als möglich wird im Folgenden eine genderneutrale Schreibweise verwendet. Aus Gründen der Lesbarkeit wird ansonsten die männliche Form genutzt, wobei die weibliche Form mit einbegriffen ist.

<sup>2</sup> Das Hochschul-Barometer des Stifterverbands ist als Vollerhebung unter den Präsidenten und Rektoren aller staatlich anerkannten Hochschulen außer Verwaltungsfachhochschulen konzipiert. Insgesamt wurden 199 Rektoren oder Präsidenten von Hochschulen befragt (STIFTERVERBAND FÜR DIE DEUTSCHE WISSENSCHAFT 2011: 71 f.).

richts wurden schwere Mängel an der Ausgestaltung der W-Besoldung<sup>3</sup> beanstandet. So stellte das Gericht fest, dass der Verdienst von W2-Professoren im Vergleich zu anderen Beschäftigengruppen „verfassungsrechtlich nicht mehr akzeptabel“ (BVERFG 2012) ist und forderte in der Folge den Gesetzgeber auf seiner Pflicht nach einer amtsangemessenen Alimentation von Hochschullehrern nachzukommen, wobei nicht die potentiellen Leistungsbezüge, sondern „nur deren Grundgehälter“ (BVERFG 2012) als rechtliche Beurteilungsgrundlage gelten dürfen.

Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Entwicklungen werden wir im Folgenden zunächst einige Bausteine hochschulpolitischer Reformprojekte, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung scheinen, skizzieren. Daran anknüpfend werden Ergebnisse unserer Pilotstudie „Die Wahrnehmung des Bologna-Prozesses durch Professorinnen und Professoren“ diskutiert. Wenngleich die Erhebung in erster Linie auf den Bologna-Prozess ausgerichtet war, wurden ebenfalls darüber hinaus gehende Facetten adressiert, die es erlauben empirische Befunde zur Einschätzung der Entwicklung und der Lage der Hochschulen sowie zur Frage der Finanzierung zu präsentieren.

## **1 Eine kurze Skizze hochschulpolitischer Reformprojekte**

In der jüngeren Vergangenheit hat eine ganze Reihe von Reformprozessen die Hochschullandschaft umgestaltet. Insbesondere der Bologna-Prozess, aber auch die Exzellenzinitiative und die neuen Hochschullandesgesetze waren dabei von großer Bedeutung. Der „Paradigmenwechsel in der Hochschulfinanzierung“ (LESZCZENSKY 2004) nach dem Modell des New Public Managements (NPM), das heißt, u.a. die Einführung der leistungsorientierten Mittelvergabe (LOM) zum effizienten Einsatz von Finanzmitteln an den Hochschulen, ist ein wesentlicher Bestandteil jener Wandlungsprozesse, die sich insbesondere seit der Jahrtausendwende an den deutschen Hochschulen zugetragen haben.

Die Ursprünge des Imperativs der Transformation des Hochschulwesens reichen jedoch weiter zurück. Bereits in den 1960er und 1970er Jahren wurde scharfe Kritik an der durch staatliche Steuerungsmodelle gekennzeichneten Hochschullandschaft geäußert. Dabei wurde die Forderung erhoben, die Hochschulen – in Anbetracht sich ausweitender Studierendenzahlen<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Die W-Besoldung unterscheidet sich in ihrem Kern von der vorherigen C-Besoldung, insofern sich die Besoldung von Professoren aus einem Grundgehalt und zusätzlichen Leistungsbezügen zusammensetzt. Diese potentiellen Leistungsbezüge sollen dabei etwa im Rahmen von Berufungs- und Bleibeverhandlungen, bei individuell erbrachten Leistungen in den Bereichen Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung oder bei der Übernahme gemeinschaftswirksamer Aufgaben zum Tragen kommen (HANDEL 2005: 7 ff.).

<sup>4</sup> Ein Trend der sich in Deutschland bis in die Gegenwart fortgesetzt hat, so studierten im Wintersemester 2008/2009 erstmals mehr als 2 Millionen Studierende an deutschen Hochschulen (STATISTISCHES BUNDESAMT 2011: 13).

und der daraus folgenden personellen und finanziellen Bedarfe – als Rationalisierungsobjekte zu behandeln, sie zu entbürokratisieren und letztlich auf betriebswirtschaftliche Steuerungsmodelle umzustellen (DRUCKER 1969: 446 ff., KIENBAUM 1977). Der Staat – so der Tenor der damaligen Zeit – sollte die Hochschulen in eine für ihre Funktionserfüllung nötige Autonomie entlassen, den Grundbestand der Finanzmittel sichern, aber auch eine Flexibilisierung der Finanzierung zulassen.

Diese Forderungen bildeten Ende der 1990er Jahre, aber insbesondere in den 2000er Jahren, einen wichtigen theoretischen Grundstein für politische Reformen des Hochschulwesens. Der sich daraus ergebende Wandlungsprozess – in Richtung eines Dienstleistungsunternehmens (MÜLLER-BÖLING 1994, 2000) – wurde jedoch auch kritisch rezipiert. Diese Kritik prozessiert dabei vor dem Hintergrund der Ablehnung des Vorstellungstereotyps der Dienstleistungsuniversität und moniert, dass die Befreiung der Universitäten aus bürokratischen Imperativen einer staatlichen Steuerung keineswegs Freiheit produziert, sondern vielmehr neue, ökonomisierte Abhängigkeitsstrukturen ins Leben ruft (HOFFMANN/NEUMANN 2003, KRAUTZ 2007, MÜNCH 2009). An diesen Argumentationsgang schließt die Diskussion nach dem Verhältnis zwischen der öffentlichen Ausfinanzierung des Hochschulwesens an, die insbesondere im Zuge der Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern, und der damit einhergehenden Privatisierung von Bildungskosten, als Expansion marktbasierter Regulationsinstrumente scharf kritisiert wurde.<sup>5</sup> Die Rede von der Rationalisierung und Ökonomisierung der Hochschulen und der Wissenschaft ruft folglich verschiedene Bewertungen des Wandels des deutschen Hochschulwesens hervor, die von Unterstützung bis hin zu scharfer Kritik streuen.

Im Folgenden werden wir uns mit der professoralen Perspektive auf verschiedene Facetten der Hochschulfinanzierung und auf die aktuelle Lage der Hochschulen auseinandersetzen, um zu erkunden, inwiefern diese Statusgruppe spezifischen Dimensionen der Hochschulfinanzierung eher unterstützend oder eher ablehnend gegenübersteht. Als Basis dient uns dabei die Studie „Die Wahrnehmung des Bologna-Prozesses durch Professorinnen und Professoren“, welche im Dezember 2011 an drei Universitäten in NRW als teilstandardisierte Vollerhebung durchgeführt wurde.<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> So war die Abschaffung der Studiengebühren bzw. deren Nichteinführung eine Kernforderung der Studierendenproteste am Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts.

<sup>6</sup> In dieser Studie wurden insgesamt 1171 Professoren zum Bologna-Prozess angeschrieben. Der Rücklauf lag bei 13,3 %. Eine nähere Beschreibung der Stichprobe und der Erhebung findet sich bei (BRÄNDLE/WENDT 2012).

## 2 Allgemeine Lage der Universität

Zu Beginn fokussieren wir – entlang der größten Probleme an den Hochschulen sowie der in jüngster Vergangenheit einsetzenden Verbesserungen – zunächst die allgemeinen Einschätzungen zur Situation der Hochschulen durch Professoren. Neben diesen Verbesserungen diskutieren wir häufig genannte Lösungsansätze für diese Herausforderungen. Die Fragen in diesem Bereich waren dabei allesamt als *offene* Items konzipiert, die im Anschluss an die Datenerhebung kategorisiert wurden. Zunächst wird die Gruppe der Befragten stets in ihrer Gesamtheit in den Blick genommen, um anschließend jeweils zu betrachten, ob, und wenn ja inwiefern, sich die Ergebnisse nach Fachzugehörigkeit, Geschlecht und Universitätszugehörigkeit unterscheiden.

### 2.1 Größte Probleme

Tabelle 1 stellt die am häufigsten genannten Probleme an den Universitäten dar. Nahezu 40 % der Hochschullehrer gaben bei der Frage nach den größten Problemen an ihrer Universität Antworten, die im Finanzbereich zu verorten sind. Ausschließlich Verwaltungsprobleme, wovon auch die zunehmende Bürokratisierung von Arbeitsprozessen gefasst wird, wurden häufiger genannt und zwar in etwa von jedem zweiten Befragten. Darüber hinaus gab über ein Viertel der Professoren an, dass die personelle, beziehungsweise infrastrukturelle Ausstattung der Universität mangelhaft sei. Ebenfalls ein Viertel der Befragten verweist zudem auf Probleme mit Studierenden, vor allem darauf, dass es in Anbetracht der knappen Mittel zu viele Studierende an der Universität gebe.

Tabelle 1: Häufigste Probleme an den Universitäten

	Antworthäufigkeit	% der Antworten	% der Fälle
Verwaltungsprobleme/Bürokratisierung	65	24,0	50,8
finanzielle Probleme	49	18,1	38,3
mangelnde personelle/infrastrukturelle Ausstattung	37	13,7	28,9
zu viele Studierende/Probleme mit Studierenden	32	11,8	25,0
Gesamt	183	67,5	

Quelle: eigene Berechnung auf Basis der erhobenen Daten

Unabhängig von der Fachzugehörigkeit rangieren dabei die Verwaltungsprobleme auf dem ersten Platz der Probleme, wenngleich selbige in den Sprach-, Literatur und Geisteswissen-

schaften (36,4 %) am seltensten genannt wurden.<sup>7</sup> In den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern ist besonders auffällig, dass hier Probleme mit den Studierenden deutlich seltener genannt wurden (16,7 %) als in den anderen Fächergruppen.<sup>8</sup> Hinsichtlich der anderen Items aus Tabelle 1 scheint die Einigkeit der Befragten größer zu sein und die Fachzugehörigkeit demnach einen geringeren Stellenwert einzunehmen.

Unterscheidet man hingegen die am häufigsten genannten Probleme nach den Geschlechtern, so erwähnen 73,9% der Professorinnen Verwaltungsprobleme, während dieser Anteil bei den Professoren lediglich bei 45,6 % liegt. Die männlichen Befragten fokussieren demgegenüber in stärkerem Maße finanzielle Probleme (39,8 %) als ihre Kolleginnen (30,4 %). Die Problemwahrnehmung scheint darüber hinaus zum Teil durch die Universitätszugehörigkeit bestimmt zu werden. So nannten an Universität C 88,6 % derjenigen, die Probleme angaben, Verwaltungsprobleme, während dieser Anteil an Universität A bei 46,2 % und Universität B bei 24,4 % liegt. Hinsichtlich der finanziellen Probleme weicht erneut insbesondere Universität C vom Gesamtbild ab, da hier mit knapp einem Viertel der Befragten weniger Schwierigkeiten genannt wurden als an den anderen Universitäten.<sup>9</sup>

## 2.2 Verbesserungen der letzten fünf Jahre

In der oben erwähnten Untersuchung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, heißt es: „Die Stimmung der Hochschulen in Deutschland ist überwiegend gut (...), doch Personal und Finanzierungsfragen trüben den Ausblick“ (STIFTERVERBAND FÜR DIE DEUTSCHE WISSENSCHAFT 2011: 4). Mit Blick auf diesen Befund lässt sich zunächst festhalten, dass die Hochschulleitungen und die von uns befragten Professoren Problemen im finanziellen und personellen Bereich eine ähnliche Bedeutung zuschreiben. Hinsichtlich der allgemeinen Stimmung erfolgt jedoch eine andere Gesamtbewertung, denn auf die Frage nach Verbesserungen an ihrer Universität in den letzten fünf Jahren antworteten die von uns Befragten am häufigsten „keine“ (vgl. Tabelle 2). Vergleicht man zudem die Anzahl der *gesamten* Nennungen zwischen jenem Item, das Verbesserungen erfasst (150 Nennungen) und der Frage nach den Problemen (271 Nennungen), so verweist dies deutlich auf eine eher kritische Grundeinschätzung der Gesamtsituation.

Nicht nur hinsichtlich der größten Probleme der Universitäten, auch hinsichtlich der in den letzten fünf Jahren eingetretenen Verbesserungen wird dem finanziellen Aspekt eine besonde-

---

<sup>7</sup> Im Vergleich dazu liegen die Anteile in den technischen Wissenschaften und Naturwissenschaften (52,4 %) sowie den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (54,8 %) weitaus höher.

<sup>8</sup> Sprach-, Literatur und Geisteswissenschaften (36,4 %), Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (31 %).

<sup>9</sup> Demgegenüber an Universität A 40,4 % und Universität B 46,3 %.

re Relevanz zu gesprochen. So gab über ein Fünftel der Befragten an, dass die Einführung von Studiengebühren positive Entwicklungen nach sich zog. Im Kontext der oben konstatierten, derzeitigen Mangelausstattung bedeutet dies, dass die mittlerweile in NRW wieder abgeschafften Studienbeiträge die finanzielle Lage an den Universitäten – aus der Perspektive der Professoren – zumindest zwischenzeitlich entspannt hatte. Einige Befragte (7,6 %) gaben darüber hinaus an, dass sich die finanzielle Lage im Allgemeinen verbessert hat. In etwa jeder Fünfte berichtete zudem über eine Verbesserung der Studienstrukturen und in etwa jeder Neunte von einer Verbesserung des Niveaus der Studierenden.

Tabelle 2: Verbesserungen in den letzten fünf Jahren an den Universitäten

	Antworthäufigkeit	% der Antworten	% der Fälle
keine	40	26,7	38,1
Studienstruktur	23	15,3	21,9
Verbesserung durch Studiengebühren	22	14,7	21,0
Niveau der Studierenden	12	8,0	11,4
Finanzen	8	5,3	7,6
Gesamt	105	70,0	

Quelle: eigene Berechnung auf Basis der erhobenen Daten

Auffällig ist dabei, dass 35 % der Professorinnen, jedoch nur knapp 18 % der Professoren eine Verbesserung der universitären Lage durch Studiengebühren begründen. Demgegenüber sind es ausschließlich die männlichen Befragten, die eine zu begrüßende Veränderung im finanziellen Bereich – jenseits von Studiengebühren – anführten. Bezogen auf die Fachzugehörigkeit fällt in diesem Kontext auf, dass insbesondere in der technischen und der naturwissenschaftlichen Fachgruppe Studiengebühren eine positive Wirkung zugeschrieben wurde (29,4 %), während dies vor allem die Professoren aus den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften besonders selten nennen (13,5 %). Neben diesen Fächerdifferenzen zeigen sich hier auch erneut Differenzen zwischen den Hochschulen. So geben die Befragten an Universität B besonders selten an, dass keine Verbesserungen stattgefunden haben (16,7 %).<sup>10</sup> Demgegenüber sind es die Befragten an Universität C, die besonders häufig Verbesserungen der Studienstruktur angaben (42,9 %).<sup>11</sup> Demnach sind die Sichtweisen auf die Verbesserungen nicht nur geschlechts- und fachspezifisch, sondern auch durch die Universitätszugehörigkeit geprägt.

<sup>10</sup> Dieser Anteil liegt an Universität A bei 53,7 % und an Universität C bei 42,9 %.

<sup>11</sup> An Universität A nannten 2,4 % Verbesserungen in diesem Bereich, an Universität B 27,8 %.

### 2.3 Lösungsstrategien

In Anbetracht der hohen Relevanz finanzieller Faktoren für die Lage an den Universitäten ist wenig verwunderlich, dass eine bessere Finanzausstattung am häufigsten genannt wird, wenn es um Lösungsstrategien zur Behebung der zuvor genannten Universitätsprobleme geht. So erwähnt knapp ein Drittel der Professoren die Notwendigkeit, den Umfang des Universitätshaushalts zu erweitern (vgl. Tabelle 3). Darüber hinaus nannte je ein Viertel der Befragten als mögliche Lösungsstrategie eine Verwaltungsreform, die auf Entbürokratisierung abzielt, eine Verlagerung von Kompetenzen auf niedrigere universitäre Ebenen oder eine Rücknahme der Reformen der letzten Jahre bzw. eine neue Reform, um die größten Probleme an ihrer Universität zu lösen.

Tabelle 3: Häufigste Lösungsvorschläge für Universitätsprobleme

	Antworthäufigkeit	% der Antworten	% der Fälle
bessere Finanzen	35	20,2	32,7
Verwaltungsreform/Entbürokratisierung	27	15,6	25,2
Subsidiarisierung	25	14,5	23,4
Restoration/Reform der Reform	25	14,5	23,4
Gesamt	112	64,7	

Quelle: eigene Berechnung auf Basis der erhobenen Daten

Differenziert nach den Fächerzugehörigkeiten sind dabei keine nennenswerten Unterschiede zu beobachten. Allerdings scheinen die verschiedenen Geschlechter unterschiedliche Lösungsansätze zu präferieren. So bevorzugen die Professoren den Weg der finanziellen Verbesserung (34,5 %), während die Professorinnen an erster Stelle auf eine Verwaltungsreform, beziehungsweise eine Entbürokratisierung setzen (31,8 %).<sup>12</sup> In Anbetracht der oben bereits skizzierten unterschiedlichen Problemwahrnehmungen der Geschlechter, ist dieser Befund wenig überraschend. Darüber hinaus sind die Lösungsansätze für die Universitätsprobleme auch durch die Universitätszugehörigkeit geprägt. So schlagen die Professoren von Universität A besonders häufig eine bessere finanzielle Ausstattung vor (40,5 %), während dieser Anteil an Universität C mit 21,2 % besonders niedrig liegt. Zudem wird an Universität A der Lösungsvorschlag einer Verwaltungsreform am häufigsten vorgebracht (28,6 %), obwohl diese Probleme nicht an dieser Hochschule, sondern primär an Universität C genannt wurden.

<sup>12</sup> Unabhängig davon führt aber auch über ein Viertel der Professorinnen die Erfordernis einer Mittelerhöhung an (27,3 %).



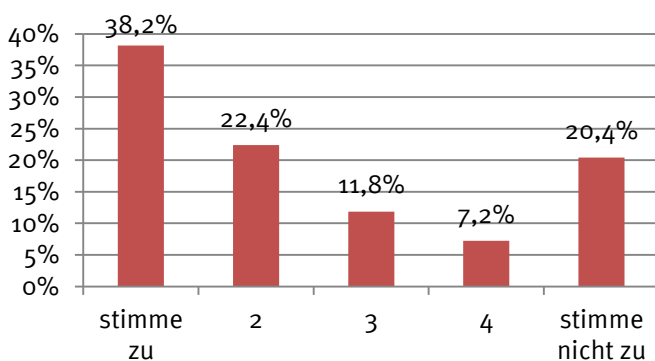
### 3 Hochschulfinanzierung im Urteil der Befragten

Im Rahmen unserer teilstandardisierten Erhebung hatten die Befragten nicht nur die Möglichkeit in den offenen Items finanzielle Aspekte zu adressieren, sondern sie hatten auch die Möglichkeit im Rahmen von standardisierten Items, die explizit finanzielle Faktoren zur Sprache brachten, ihre Einstellung zu dokumentieren. Generell sind hier – hinsichtlich der Maße der mittleren Tendenz – bei allen Items ähnliche Werte feststellbar, die etwa in der Mitte der 5-stufigen Likert-Skala liegen. Die Befragten antworten dabei, sowohl bei der Frage, ob die Einführung von Studiengebühren richtig war (Mittelwert 2,49;  $\sigma=1,55$ ), ob Hochschullehrer leistungsorientiert bezahlt werden sollten (Mittelwert 2,84;  $\sigma=1,34$ ) und ob das Hochschulwesen ausschließlich öffentlich finanziert werden sollte (Mittelwert 2,42;  $\sigma=1,29$ ), eher mittig, mit einem leichten Hang zur Zustimmung. Die Verteilungen an sich differieren jedoch erheblich voneinander.

#### 3.1 Einführung von Studiengebühren

Wie Abbildung 1 zeigt, sind die Befragten bei der Frage nach den Studiengebühren zweigespalten. Über ein Viertel der Professoren sieht die Einführung von Studienbeiträgen kritisch, während etwas über 60 % der Befragten die im Jahr 2006 in Nordrhein-Westfalen eingeführten Studiengebühren (HFGG 2006) für eher richtig halten.<sup>13</sup>

Abbildung 1: „Die Einführung von Studiengebühren war eine richtige Entscheidung.“ (in %)



Quelle: eigene Berechnung auf Basis der erhobenen Daten (n=152)

Im Gegensatz zu den oben diskutierten offenen Nennungen, sind es bei diesem Item insbesondere die Professoren der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, welche die Einführung von Studiengebühren eher für richtig halten (75,5 %).<sup>14</sup> In der technischen und naturwissenschaftlichen Fachgruppe liegt dieser Anteil bei 63,8 %. Der geringste Anteil an Zustim-

<sup>13</sup> „Eher richtig“ umfasst im Folgenden stets die Nennungen „stimme zu“ und „stimme eher zu“.

<sup>14</sup> Ablehnend stehen in dieser Fächergruppe weniger als 20 % der Befragten Studiengebühren gegenüber.

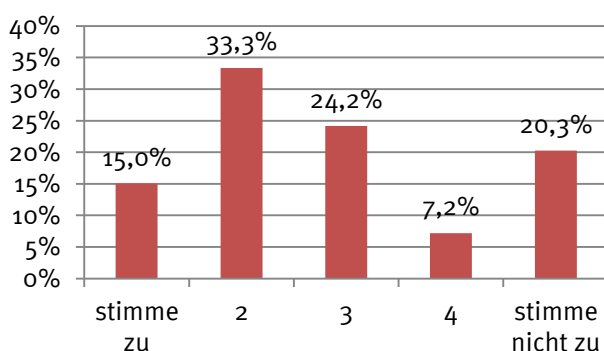
mung ist in den Sprach-, Literatur- und Geisteswissenschaften feststellbar (51,1 %). Dies bestätigt sich auch in einem statistischen Zusammenhang mittlerer Stärke.<sup>15</sup> Dennoch herrscht in allen Fächern, an allen Universitäten und unabhängig vom Geschlecht eher eine befürwortende Haltung gegenüber der Entscheidung Studiengebühren einzuführen.

Überraschenderweise unterscheiden sich die Befürworter von Studiengebühren hinsichtlich ihrer Einschätzungen der Verbesserungen an den Universitäten jedoch nicht gravierend von den übrigen Befragten. So geben die Erstgenannten etwas häufiger an, dass in den letzten fünf Jahren die Studienstruktur verbessert wurde (28,6 %) und das Niveau der Studierenden anstieg (15,9 %).<sup>16</sup> Die Problemwahrnehmung dieser Gruppe differiert demgegenüber stärker von der Gesamtheit der Befragten. Im Urteil der Studiengebührenbefürworter liegen die größten Probleme der Universitäten im finanziellen Bereich (47,4 %), der Verwaltung (47,4 %) und einer mangelhaften personellen und infrastrukturellen Ausstattung (34,6 %). Demnach ist für diese Gruppe die monetäre Ausstattung von besonderer Bedeutung, während die materielle Ausstaffierung weniger häufig genannt wird (vgl. Tabelle 3). Dies spiegelt sich auch in den von diesen Professoren vorgeschlagenen Lösungsstrategien, die in erster Linie auf eine Erhöhung der Finanzmittel zielen (36,5 %).

### 3.2 Leistungsorientierte Bezahlung von Hochschullehrenden

Hinsichtlich der leistungsorientierten Bezahlung von Hochschullehrenden zeigt sich ein von der Einstellung gegenüber Studiengebühren abweichendes Bild (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: „Hochschullehrende sollten leistungsorientiert bezahlt werden.“ (in %)



Quelle: eigene Berechnung auf Basis der erhobenen Daten (n=153)

Generell zeigt sich hier eine Konzentration der Antworten in der Mitte der Skala. Dies deutet darauf hin, dass die Befragten hier unentschlossener als bei der Frage nach den Studienge-

<sup>15</sup> Cramér's V = ,24\* mit Cohens w = ,34.

<sup>16</sup> Die Professoren, die Studiengebühren ablehnen, nennen Verbesserungen im Bereich der Studienstruktur zu 13,3 % und beim Niveau der Studierenden zu 3,3 %.

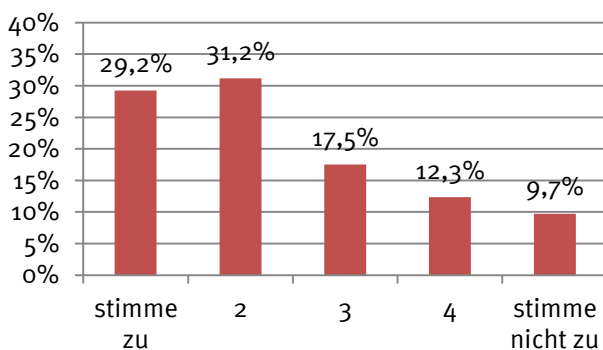
bühren waren. Neben dem Anstieg in der mittleren Kategorie ist zudem eine rechts-Verschiebung in der zustimmenden Gruppe zu beobachten, welche auf eine eher ambivalente Haltung gegenüber diesem Besoldungsmodell hindeutet.

Zwar gibt es auch hier eine Gruppe von über 27 % der Befragten, welche diesem Bezahlungsmodus ablehnend gegenüber steht. Der Anteil der Befürworter ist jedoch mit weniger als der Hälfte der Professoren über zehn Prozentpunkte geringer als bei der vorigen Frage. Dabei ist jedoch kein Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Studiengebühren und der leistungsorientierten Bezahlung feststellbar. Zudem scheinen die Einstellungen in dieser Frage auch nicht von der Fach-, Geschlechts- und Universitätszugehörigkeit abhängig zu sein.

### 3.3 Ausschließliche öffentliche Finanzierung der Hochschulen

Demgegenüber ist zwischen der Positionierung gegenüber Studienbeiträgen und der Forderung nach einer ausschließlich öffentlichen Finanzierung des Hochschulwesens ein signifikanter Zusammenhang von  $r=-,3^{**}$  beobachtbar. Demnach stimmen die Professoren mit einer ablehnenden Haltung gegenüber Studiengebühren eher dieser Forderung zu.

Abbildung 3: „Das Hochschulwesen sollte ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.“ (in %)



Quelle: eigene Berechnung auf Basis der erhobenen Daten (n=154)

Generell ist bei diesem Item darüber hinaus eine – im Vergleich zu den zuvor behandelten Fragen – geringere Ablehnung zu verzeichnen. Die Gruppe der eher zustimmenden Befragten ist dabei mit 60,4 % fast ebenso groß wie die der Studiengebührenbefürworter (Abbildung 3). Bemerkenswert ist dabei, dass über 80 % derjenigen, welche die Einführung von Studienbeiträgen nicht für richtig halten, der ausschließlich öffentlichen Finanzierung der Hochschulen zustimmen.<sup>17</sup> Verwunderlich ist jedoch, dass nahezu ein Drittel der Befragten, welche die Einführung von Studiengebühren für richtig halten, sich auch für die ausschließlich öffentliche Finanzierung ausspricht.

<sup>17</sup> Im Vergleich dazu halten weniger als 50 % derjenigen, mit einer bejahenden Haltung gegenüber Studiengebühren eine ausschließlich öffentliche Finanzierung des Hochschulwesens für richtig.

## 4 Fazit

In diesem Beitrag wurde gefragt, wie Professoren die aktuelle Situation an ihrer Hochschule einschätzen und welche Rolle verschiedene Aspekte von Finanzierungsfragen in diesem Kontext spielen. Einleitend wurden hierzu einige Facetten jener Wandlungsprozesse angerissen, die für den Wandel des Hochschulsystems charakteristisch sind, wobei insbesondere die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsmodelle, die Umstellung auf die leistungsorientierte Bezahlung von Hochschullehrern und die Privatisierung von Bildungskosten durch Studiengebühren fokussiert wurde.

Aus den Ergebnissen der offenen Abfrage der größten Probleme an der Universität und Verbesserungen, die sich in den letzten Jahren ereignet haben, lässt sich zunächst herauslesen, dass unter den befragten Professoren kritische Haltungen dominieren, was sich einerseits darin ausdrückt, dass Probleme weitaus häufiger als Verbesserungen genannt wurden und selbst bei den Verbesserungen am Häufigsten explizit mit „keine“ geantwortet wurde.<sup>18</sup> Bringt man diese einzelnen Punkte in einen Zusammenhang, so lässt sich die Problemwahrnehmung der Professoren wie folgt zusammenfassen: Das Spannungsfeld aus finanziellen Engpässen und mangelnder personeller und infrastruktureller Ausstattung auf der einen Seite sowie zunehmenden Studierendenzahlen und einem erhöhten Verwaltungsaufwand auf der anderen Seite verhindert die Realisation „exzellenter“ Forschung und Lehre. Auch die Problemfelder der mangelnden Finanzen und der Last durch bürokratische Verwaltungsprozesse lassen sich in einen Zusammenhang stellen. Der Anspruch der Entbürokratisierung der Hochschulen, durch betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente, konnte demnach nicht realisiert werden, vielmehr produzierten diese neuen Modelle einen erheblichen Verwaltungsaufwand, der nicht durch eine entsprechende Erhöhung finanzieller und personeller Ressourcen für diese Arbeitslast abgedeckt wurde. Dies wird auch hinsichtlich der wahrgenommenen Verbesserungen deutlich, denn Verbesserungen in diesem Problemkomplex wurden insbesondere im Kontext der Einführung von Studiengebühren auffällig häufig genannt.

In den vorgeschlagenen Lösungsstrategien spiegeln sich die zuvor genannten Problemdimensionen wider. So fordern die Befragten zum einen mehr Gelder für die Hochschulen, um die an sie herangetragenen Erwartungen zu erfüllen, zum anderen jedoch eine Verwaltungsreform und Entbürokratisierungsprozesse. Im Zusammenhang damit steht auch die Forderung nach einer Subsidiarisierung. Das heißt, es wird eine Verlagerung von Ressourcen, Kompeten-

---

<sup>18</sup> Bei den offen abgefragten Problemen, aber auch den Verbesserungen und Lösungsstrategien, wurden dabei verschiedene Verweisungszusammenhänge deutlich. So variierten die Ergebnisse mitunter bei der Betrachtung der Universitätszugehörigkeit, Geschlecht, aber auch der Fachzugehörigkeit.

zen und Macht auf niedrigere Ebenen der Universität gefordert. Ein anderer, möglicher Lösungsansatz liegt nach den Befragten darin, die Hochschulreformen der letzten Jahre rückgängig zu machen, beziehungsweise eine erneute Reform durchzuführen.

Im Hinblick auf die ebenfalls in diesem Beitrag betrachteten standardisierten Einstellungsabfragen zur Bewertung der Einführung von Studiengebühren und der leistungsorientierten Bezahlung von Hochschullehrern sowie der Haltung zur ausschließlich öffentlichen Finanzierung des Hochschulwesens zeichnete sich zunächst ab, dass diese Items im Hinblick auf die mittleren Tendenz der Verteilungen stets mittig beantwortet wurden, mit einer leichten Tendenz zur Zustimmung zu allen Items. Hinter dem Rücken dieser vermeintlichen Ähnlichkeit zeichnet sich jedoch eine gespaltene Orientierung ab. Sowohl auf die Frage nach der Richtigkeit der Einführung von Studiengebühren, als auch hinsichtlich der Einführung der leistungsorientierten Entlohnung von Hochschullehrern antwortete etwas mehr als ein Viertel der Befragten eher ablehnend, wobei jeweils ca. 20 % sogar stark ablehnend antworteten. Hinsichtlich der Beurteilung der Einführung von Studiengebühren zeichnete sich eine bipolare Verteilung ab. Anders bei der Frage zur Leistungsorientierten Mittelvergabe: Hier antworteten diejenigen Befragten, die nicht ablehnend antworteten, eher zur Mitte geneigt.

Zieht man abschließend nun noch die Frage nach der ausschließlichen Finanzierung des Hochschulwesens durch öffentliche Mittel hinzu, so wäre zu erwarten, dass dieses Item spiegelbildlich zur Frage der Richtigkeit der Einführung von Studiengebühren beantwortet wird. Dem war jedoch nicht so. Das Antwortverhalten kehrte sich vielmehr um. Lediglich etwa 20 % der Professoren antworteten, dass sie eine ausschließliche Finanzierung des Hochschulwesens aus öffentlichen Mitteln eher ablehnen, während 60 % eher zustimmten. Es stellt sich die Frage, inwieweit dies durch die Betonung von Sachzwängen oder durch eine spezifische Wahrnehmung von Studiengebühren zu erklären ist.<sup>19</sup> Unsere Daten legen in diesem Zusammenhang nahe, dass die Studienbeiträge nicht als private Mittel begriffen werden, die dem Ideal eines rein staatlich finanzierten Hochschulwesens entgegen stünden. Worauf diese Einschätzung letztlich tatsächlich zurückgeht, ließe sich jedoch nur durch eine weitere Untersuchung ergründen, die explizit auf Fragen der Studiengebühren und der Hochschulfinanzierung ausgerichtet ist.

---

<sup>19</sup> Hier wäre etwa an die Einwerbung von Drittmitteln jenseits öffentlicher Geldtöpfe zu denken.

## 5 Quellenverzeichnis

- BRÄNDLE, TOBIAS, BJÖRN WENDT (2012): Die Wahrnehmung des Bologna-Prozesses durch Professorinnen und Professoren. Methodische Reflexionen. In: IfS Working Papers. Heft: 1, 1. Jahrgang.
- BVERFG (2012): Leitsätze zum Urteil des Zweiten Senats vom 14. Februar 2012 (BVERFG, 2 BVL 4/10). [http://www.bverfg.de/entscheidungen/l520120214\\_2bvlooo410.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/l520120214_2bvlooo410.html) [letztmalig abgerufen am 22.03.2012].
- DRUCKER, PETER F. (1969): Die Zukunft bewältigen. Aufgaben und Chancen im Zeitalter der Ungewissheit. Düsseldorf und Wien. Econ.
- HANDEL, KAI (2005): Die Umsetzung der Professorenbesoldungsreform in den Bundesländern. CHE Arbeitspapier Nr. 65. [http://www.che.de/downloads/Profbesoldung\\_Laendervergleich\\_AP65.pdf](http://www.che.de/downloads/Profbesoldung_Laendervergleich_AP65.pdf) [letztmalig abgerufen am 02.04.2012].
- HFGG (2006): Gesetz zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen vom 21. März 2006 (HFGG) (2006). <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument?Id=XMMGVBo66|119|125> [letztmalig abgerufen am 23.03.2012].
- HIPPLER, HORST (2012): KIT-Rektor Hippler warnt vor Finanzkollaps an Hochschulen. <http://www.news.de/regional/855290754/kit-rektor-hippler-warnt-vor-finanzkollaps-an-hochschulen/1/> [letztmalig abgerufen am 02.04.2012].
- HOFFMANN, DIETRICH, KARL NEUMANN (2003): Ökonomisierung der Wissenschaft: Forschen. Lehren und Lernen nach den Regeln des Marktes. Weinheim. Beltz.
- KIENBAUM, GERD (1977): Die deutsche Universität als Rationalisierungsobjekt. In: Zeitschrift für Organisation. Heft: 5, S. 243-247.
- KRAUTZ, JOCHEN (2007): Ware Bildung. Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie. Kreuzlingen/München. Hugendubel.
- LESZCZENSKY, MICHAEL (2004): Paradigmenwechsel in der Hochschulfinanzierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft: 25, S. 18-25.
- MÜLLER-BÖLING, DETLEF (1994): Von der Gelehrtenrepublik zum Dienstleistungsunternehmen? In: Forschung & Lehre. Heft: 7, 1. Jahrgang. S. 272-275.
- MÜLLER-BÖLING, DETLEF (2000): Die entfesselte Hochschule. Gütersloh. Bertelsmann Stiftung.
- MÜNCH, RICHARD (2009): Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co. Frankfurt am Main. Suhrkamp.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2011): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Wintersemester 2010/2011. Fachserie 11, Reihe 4.1. [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/StudierendeHochschulenEndg2110410117004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/StudierendeHochschulenEndg2110410117004.pdf?__blob=publicationFile) [letztmalig abgerufen am 02.04.2012].
- STIFTERVERBAND FÜR DIE DEUTSCHE WISSENSCHAFT (2011): Wohin steuert das deutsche Hochschulsystem? Lage und Entwicklung der Hochschulen aus Sicht ihrer Leitungen. [http://www.stifterverband.de/publikationen\\_und\\_podcasts/positionen\\_dokumentationen/hochschul-barometer/hochschul-barometer.pdf](http://www.stifterverband.de/publikationen_und_podcasts/positionen_dokumentationen/hochschul-barometer/hochschul-barometer.pdf) [letztmalig abgerufen am 31.03.2012].